

|   |                |                                      |
|---|----------------|--------------------------------------|
| <b>NIEDERSCHRIFT</b><br><br>Stadt Karlsruhe | Gremium:       | 40. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b> |
|   | Termin:        | 25. Juli 2017, 15:30 Uhr             |
|   |                | öffentlich                           |
|   | Ort:           | Bürgersaal des Rathauses             |
|   | Vorsitzende/r: | Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup  |

7.

**Punkt 6 der Tagesordnung: European Coalition of Cities against Racism (ECCAR): Zehn-Punkte-Aktionsplan, Zwischenbericht für Karlsruhe  
Vorlage: 2017/0426**

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Kulturausschuss dem Zehn-Punkte-Aktionsplan für Karlsruhe zu und empfiehlt, ihn der UNESCO und der Geschäftsstelle der ECCAR vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 6 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Kulturausschuss.

**Stadträtin Dr. Doghan (CDU):** Karlsruhe ist Mitglied in der European Coalition of Cities against Racism und hat sich schon 2007 im Gemeinderat mit einem 10-Punkte-Aktionsplan befasst, diesem zugestimmt und danach auch in verschiedenen Gremien dieser Städtekoalition mitgewirkt.

Nun steht es an, dass auch Karlsruhe einen entsprechenden Bericht in dieser Städtekoalition abgibt. Über diesen Bericht haben wir bereits im Kulturausschuss ausführlich gesprochen. Wir danken dem Kulturamt für die Fertigstellung des Berichtes. Wir möchten aber dennoch darauf hinweisen, wie auch schon im Ausschuss geschehen, dass einzelnen Punkte – für uns war das konkret der Punkt „Verstärkte Wachsamkeit gegen Rassismus, Aufbau eines Beobachtungs- und Solidaritätsnetzwerks“ in der Anlage auf S. 15 – etwas misslich ist von der Formulierung. Das hat sich in der Diskussion auch in der Vorberatung herausgestellt, dass man das unterschiedlich verstehen kann, als ob ein neues Netzwerk gebildet werden soll neben den zahlreichen, die bereits bestehen und die als Akteure hier mitwirken. Da freuen wir uns, wenn es zukünftig bei nachfolgenden Berichten oder bei der Konkretisierung etwas detaillierter und klarer ausgedrückt wird.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** 10 Jahre sind wir Mitglied in dieser internationalen Städtekoalition gegen Rassismus und haben uns damit zu diesem 10-Punkte-Aktionsplan verpflichtet und erbringen jetzt einen Nachweis. Die aufgeführten Maßnahmen zeigen, dass die Stadt viele Anstrengungen unternimmt in dem Bereich „Gleiches Recht für alle“. Es gibt ein Gleichstellungsbüro für Geschlechtergerechtigkeit, eine Stadtbibliothek wird als Ort der Kultur für alle benannt. Das Seniorenbüro ist Anlaufstellen gegen Altersdiskriminierung, oder der Behindertenbeirat, um die Rechte der Behinderten zu wahren, um einige Beispiele zu nennen. Der Bezug zu Maßnahmen gegen Rassismus ist jedoch bei den vielen aufgeführten Maßnahmen im Prinzip zwar vorhanden, aber doch nicht explizit. Spezifische Ansätze, die sich gegen Rassismus und die damit einher gehende Diskriminierung wenden, sind nicht allzu viele auszumachen, wenn man von der Antidiskriminierungsstelle absieht.

In der Karlsruher Zivilgesellschaft ist ein großes Netzwerk entstanden, das sich engagiert gegen Rechtsextremismus und Rassismus einsetzt und auch von der Stadt unterstützt wird. Die Arbeit des Stadtjugendausschusses sehen wir als ganz wichtiges Fundament, weil hier junge Menschen erreicht werden, weil wirklich Präventionsarbeit geleistet wird. Aber natürlich auch die anderen 40 Organisationen, die in der Vorlage aufgeführt sind und die sich tatsächlich auch explizit vielerorts gegen Rassismus und Diskriminierung und für Grund- und Menschenrechte einsetzen. Sie leisten ungeheuer wichtige Arbeit. Wir danken diesen Menschen für ihr großes Engagement ganz ausdrücklich.

Die Bereitschaft, sich weitergehend mit dem Thema Rassismus zu beschäftigen, ist in den unterschiedlichen Ämtern und Gesellschaften unterschiedlich ausgeprägt. Das fand ich den interessantesten Teil in dieser Vorlage, wie verschiedene Ämter die Situation bei sich beurteilen. So werte die Volkswohnung regelmäßig Wohnungsvergaben aus, um eine Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen zu verhindern und zeigt sich aber auch sehr aufgeschlossen, ihre bestehenden Prozesse zu hinterfragen und weiterzuentwickeln. Sie wollen Leitlinien und Verhaltenskodex entwickeln bei der Vermietung und beim Verkauf von Wohnungen.

Die Aussagen von Ordnungs- und Bürgeramt haben mich etwas irritiert. Per se sei man ausgeprägt aufgeschlossen gegenüber Kunden. Für Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit ist beim Ordnungs- und Bürgeramt keinerlei Platz. Diesbezügliche Vorkommnisse gab es nie. Jegliche Ansätze würden bei uns nicht geduldet und im Keim erstickt. Es besteht kein konkreter Handlungsbedarf. Wenn ich so etwas lese, bin ich nicht beruhigt, sondern ich bin eher ein bisschen erschreckt. Denn wer von uns hier hat noch niemals rassistisch gedacht oder gehandelt? Jeder tut das.

Ich möchte ein kleines Beispiel nennen. Ich habe vor einer Weile in der deutschsprachigen Schweiz in Bern übernachtet, und bin dort auf ein dunkelhäutiges Zimmermädchen gestoßen. Ich habe „Good Morning“ zu ihr gesagt und nicht „Guten Tag“. Das ist Alltagsrassismus, weil ich diese Frau ausgegrenzt habe von der deutschsprachigen Schweizer Gesellschaft in diesem Fall, indem ich sie allein aufgrund ihres Aussehens anders behandelt habe, wie ich ein weißes Zimmermädchen behandelt hätte. So etwas passiert. Ich habe jetzt keine Geißelungsmaßnahmen an mir vorgenommen. Aber was ganz wichtig ist, dass wir uns immer wieder reflektieren, dass wir uns immer wieder bewusst machen, was tun wir, wie handeln wir anderen gegenüber, wie denken wir über ande-

re. Dieses Reflektieren ist ungeheuer wichtig, damit wir weiterkommen und damit wir uns tatsächlich zu einer pluralistischen Gesellschaft entwickeln können. Ich wünsche mir auch, dass das Ordnungs- und Bürgeramt in dieser Hinsicht etwas sensibler wird und nicht generell sagt, so etwas passiert bei uns nicht.

Handlungsbedarf sehe ich daher nach wie vor. 2014 hat die GRÜNE-Fraktion beantragt, im Zusammenhang mit den Wochen gegen Rassismus ganz konkrete Projekte zu definieren, die Rassismus bekämpfen und wo wir Ziele definieren und in Projekten verwirklichen, also Maßnahmen, damit tatsächlich etwas voran geht. Das ist die eigentliche Intention dieses 10-Punkte-Aktionsplans. Es ist ganz oft die Rede von Entwicklung konkreter Maßnahmen und dass Ziele Indikatoren entwickeln sollen. Um zu bewerten ergreifen wir Maßnahmen, mit denen wir vorankommen.

Die GRÜNE-Fraktion wird sich mit dem Thema auch weiterhin beschäftigen und falls notwendig auch noch weitere Anträge stellen. Für heute akzeptieren wir das vorgelegte Papier. Wir danken den beteiligten Ämtern für die Zusammenstellung.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Ich glaube, die Frau Kollegin Dr. Leidig hat gerade mit ihrem kurzen Bericht aus der Schweiz im Grunde genommen so richtig schön ins Wespennetz gestochen. Denn auf einmal war hier Aufregung, Bewegung, Umschauen. Was? Was hat das mit Rassismus zu tun? Ich finde es sehr gut, dass Sie das genannt haben. Denn das ist dieser berühmte Alltagsrassismus. Da würde ich mich persönlich auch überhaupt nicht ausschließen, dass es mir in einer ähnlichen Situation genauso geht, wenn ich dann anfangs zu hinterfragen, wie hast du da reagiert oder was hast du da gesagt. Das zeigt mir, dass hier ein wichtiges Papier auf den Tisch gelegt wird. Aber gerade bei dem, was Sie gesagt haben zum Ordnungsdienst, da höre ich ganz andere Sachen aus den Ämtern, wie mit Menschen, die keine deutschen Wurzeln haben, teilweise umgegangen wird.

Aber ich denke, wir gehen diesen Weg weiter. Wir müssen aber nicht wirklich meinen, wenn es jetzt so viel bürgerschaftliches Engagement und Verwaltungsengagement gibt, dass dann schon alles in Ordnung geht. Das dürfen wir nicht meinen.

Ich möchte ganz konkret auf einen Punkt eingehen. Die Antidiskriminierungsstelle im Menschenrechtszentrum läuft Ende dieses Jahres aus. Ich möchte darum bitten, dass man noch einmal genau hinschaut, was da an guter Arbeit gemacht wird, und dass wir einen Weg finden, dass die Antidiskriminierungsstelle entweder dort im Menschenrechtszentrum weiter angesiedelt bleiben kann und gefördert wird, oder ob man vielleicht nicht sogar schaut, ob man das ins Rathaus, in die Stadtverwaltung mit hinein nimmt.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Niemand kann gegen diese Übersicht, diesen Katalog sein. Das kann man beruhigt nach Paris schicken.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Auch wir von der AfD sind gegen Rassismus und werden dieser Vorlage zustimmen. Damit wir das allerdings tun können, werde ich meine Kritik aus dem Kulturausschuss wiederholen und auch noch etwas ausweiten. Es sind vor al-

lem drei Punkte, die hier in diesem 10-Punkte-Aktionsplan aus unserer Sicht nicht in Ordnung sind.

- Als Beispiel für zivilgesellschaftliches Engagement in Karlsruhe wird hier die DITIB-Gemeinde Karlsruhe genannt, der verlängerte Arm von Erdogan. Die Prediger werden direkt von seinem Religionsministerium ausgewählt und hierher geschickt. Das Land Nordrhein-Westfalen hat aus diesem Grund auch die Zusammenarbeit mit DITIB eingestellt. Erdogan selber ist kein Musterbeispiel, wenn man an Diskriminierung denkt. Wir wissen, dass er die Minderheiten in seinem Land - Bulgaren, Kurden, Armenier - in einer Art und Weise behandelt, wo man sich doch wirklich fragen muss, ob das nicht Diskriminierung ist. So gesehen ist für uns die DITIB-Gemeinde kein Musterbeispiel für eine Organisation, die sich gegen Rassismus wendet.

Die beiden anderen Punkte sind aber wichtiger.

- Ein Problem ist nämlich, dass hier Rassismus immer mit Rassismus gegen Rechts gleichgesetzt wird. So ist es aus unserer Sicht falsch, dass der Aktionskreis, der hier verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus leisten soll, Flagge gegen Rechts heißt. Aus unserer Sicht müsste er Flagge gegen Rassismus heißen.
- Genauso ist es nicht in Ordnung, dass das Netzwerk Karlsruhe gegen Rechts hier als Beispiel gewählt wird, und wo Tätigkeit gegen Rassismus – die wir begrüßen – und auch gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gleichgesetzt wird mit Tätigkeiten gegen Rechtsextremismus. Denn die anderen Formen des Extremismus sind genauso zu verurteilen. Wir müssen endlich aufhören, immer Rassismus mit Rechtsextremismus in einem Atemzug zu nennen. Hier geht es nur um Rassismus.

Beispiel: Wenn ich die Kampagne sehe „Kein Mensch muss Bulle sein“, dann habe ich es hier mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu tun. Hier wird eine Gruppe von Menschen, nämlich die Polizisten, herabgewürdigt. Das bereitet den Boden für Ausschreitungen, wie wir sie in Hamburg erlebt haben. Das kommt ganz klar von links. Es ist linker Rassismus, linke, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Auch darauf müssen wir achten.

Wir als AfD sagen von Anfang an, dass wir gegen Rechtsextremismus und gegen religiösen Extremismus genauso aktiv sein müssen, wie gegen Linksextremismus. Ich möchte ein Zitat hier nennen: „Der Kampf gegen den Linksextremismus ist genauso ernst zu nehmen, wie der Kampf gegen den Rechtsextremismus und den Islamischen Staat.“ Das könnte von uns sein, ist aber vom Kollegen Marvi. Das hat er am 19.07. gesagt. Ich bin natürlich froh, dass er jetzt auf unsere Linie eingeschwenkt ist.

Wir würden anregen, das Netzwerk Karlsruhe gegen Rechts umzubenennen in Netzwerk Karlsruhe gegen Rassismus und genauso den Aktionskreis Flagge gegen Rechts in Flagge gegen Rassismus. Dann wäre dieser Bericht soweit in Ordnung. Trotz dieser Widersprüche werden wir der Vorlage zustimmen, weil wir als AfD gegen Rassismus sind.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich möchte nur kurz Ihnen spiegeln, Herr Stadtrat Cramer, die Antidiskriminierungsstelle und deren Befristung sind bei uns auf dem Schirm. Wir lassen uns auch regelmäßig von den Ergebnissen berichten, weil wir in der Tat irgendwann einmal eine Entscheidung treffen müssen. Zu den anderen Punkten sage ich jetzt nichts. Das sind auch Veränderungsvorschläge, die zu nächst einmal nichts mit der Berichterstattung zu tun haben. Warum Sie deswegen auch zustimmen können, haben Sie eben erläutert.

Wir kommen damit zur Abstimmung. – Ich stelle Einstimmigkeit fest. Das ist uns Bestätigung und Auftrag.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten  
3. August 2017